 **Kärntner Heimatdienst**

9020 Klagenfurt, Prinzhoferstraße 8

**** Tel. 0463-54002 **** Fax 0463-540029 **** Internet: [www.khd.at](http://www.khd.at) **** E-mail: office@khd.at

10. Juli 2017

**Pressemitteilung**

**Einstimmig gefasste Entschließung der Hauptversammlung an Bundesregierung und die Spitzenkandidaten der zum Nationalrat wahlwerbenden Parteien**

**In großer Sorge um die Zukunft unserer Heimat**

**Hauptversammlung fordert Totalstopp der illegalen Massenzuwanderung**

Bei der diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung des Kärntner Heimatdienstes stand am Wochenende die immer mehr die Dimension einer Völkerwanderung aus Afrika annehmende illegale Massenzuwanderung im Mittelpunkt. Daraus einige Details:

Die dramatische Entwicklung der Flüchtlingsfrage zwingt dazu, die weitestgehend untätige EU endlich eindringlich und ultimativ zum Handeln aufzufordern.

Die neue Völkerwanderung droht in eine humanitäre und soziale Katastrohe zu münden. Diese Sorge wird in der einstimmig gefassten Entschließung der Hauptversammlung anhand von Fakten ausführlich begründet.

Es ist ein Totalstopp und nicht bloß eine Reduzierung der illegalen Zuwanderung anzustreben.

Die große Sorge einer Mehrheit der Bürger um ihre Sicherheit erfordert wirksame Maßnahmen durch die Politik. Die dazu notwendigen Schritte werden in der Entschließung aufgezählt.

In diesem Zusammenhang ruft die Hauptversammlung alle österreichischen Moslemvereine auf, auch im eigenen Interesse, endlich geschlossen gegen Radikalisierung und Terror Position zu beziehen.

**Drohende Gefahren von außen erfordern weiteren Ausbau der Versöhnungsarbeit**

Die Hauptversammlung begrüßt das erfolgreiche, inzwischen auch auf Slowenien ausgeweitete Bemühen des Heimatdienstes im Rahmen der deutsch-slowenischen Kärntner Konsensgruppe um Verständigung und Versöhnung.

Eine rasant zunehmende Bedrohung unserer Lebensgrundlagen in Kärnten erfordert umso mehr eine Festigung und den weiteren Ausbau des vom Heimatdienst innerhalb der Konsensgruppe sukzessiv geschaffenen Klimas des gegenseitigen Vertrauens.

Die Hauptversammlung begrüßt es als einen weiteren wichtigen Schritt im Bemühen um Versöhnung, dass inzwischen gemeinsames Opfergedenken auch in Slowenien möglich geworden ist, und dass Sloweniens Tagespresse erfreulich positiv darüber berichtet.

Was noch vor einem Jahrzehnt undenkbar gewesen wäre – gemeinsames Gedenken an NS-Opfer und auch an Opfer der Titopartisanen, wie zuletzt am 25. Mai in Liescha – ist inzwischen erfreuliche Realität.

**KHD wird die Deutsche Volksgruppe in Slowenien auch in Zukunft kräftig unterstützen**

Weiters bekräftigte die Hauptversammlung abermals, die Deutsche Volksgruppe in Slowenien und deren Interessen weiterhin zu unterstützen und im Rahmen seiner Möglichkeiten auch finanziell zu fördern.

Die Hauptversammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die großen Fortschritte im gemeinsamen Bemühen um die Auflösung historischer Konfliktfelder nun auch der deutschen Volksgruppe in Slowenien zu Gute kommen werden.

**folgt Entschließung vollinhaltlich**

 **Kärntner Heimatdienst**

9020 Klagenfurt, Prinzhoferstraße 8

**** Tel. 0463-54002 **** Fax 0463-540029 **** Internet: [www.khd.at](http://www.khd.at) **** E-mail: office@khd.at

**Einstimmige Entschließung**

**der Hauptversammlung des Kärntner Heimatdienstes**

**8. Juli 2017**

ergeht an die Bundesregierung und an die Spitzenkandidaten der zum Nationalrat wahlwerbenden Parteien

In großer Sorge um die Zukunft unserer Heimat stellt die Hauptversammlung überlebenswichtige Maßnahmen zur Eindämmung mit Ziel Totalstopp der das Ausmaß einer Völkerwanderung annehmenden Massenzuwanderung in den Mittelpunkt.

**1.**

**Die dramatische Entwicklung der Flüchtlingsfrage erfordert den angekündigten Druck auf die EU endlich umzusetzen**

Mehr als 1 Million Afrikaner warten an der Küste Libyens auf die Überfahrt nach Europa, weitere 700.000 aus Somalia, Südsudan und Eritrea haben sich in Äthiopien in Bewegung gesetzt. Zusätzlich sind Millionen Afrikaner aus Kriegs- und Hungergebieten zur Flucht bereit.

Dem setzt die EU nichts entgegen. Die EU ist nicht willens ihre Außengrenzen am Mittelmeer zu schützen und ermöglicht dadurch tagtäglich Tausenden die illegale Überfahrt nach Europa. Die Tatsache, dass an einem einzigen Wochenende im Juni 13.000 illegale Migranten aus seeuntauglichen Booten von sogenannten NGOs gerettet, in Sizilien angekommen sind, zeigt dramatisch den Ernst der Situation auf. Bis zum Jahresende könnten es Militär-Prognosen zufolge bis zu 250.000 sein.

Angesichts dessen ist die EU noch eindringlicher und ultimativ zum unverzüglichen Handeln aufzufordern. Konkret:

**** Es sind alle verfügbaren Mittel zur endlichen Schließung der Mittelmeerroute einzusetzen. Dabei müssen der EU endlich Termine gesetzt werden.

**** Flüchtlingsboote sind möglichst schon in nordafrikanischen Häfen am Ablegen zu hindern. Auf See aufgebrachte Boote sind ebenso wie aus Seenot gerettete Flüchtlinge nach dem Vorbild Spaniens nach Afrika zurückzubringen. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen hat höchste Priorität.

**** Die von der EU-Kommission angekündigte Aufteilung der Bootsflüchtlinge auf verschiedene EU-Staaten muss kritisch beurteilt werden. Damit würde das Problem nur verlagert, jedoch nicht beseitigt werden.

****Mit der unverminderten Aufnahme von Flüchtlingen handelt die EU in höchstem Maße inhuman. Die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer nach Europa kostet Tausenden Menschen das Leben, Hunderttausenden, zu mehr als 90% nicht integrierbaren Immigranten wird verantwortungslos ein Leben in relativem Wohlstand suggeriert, der nur den Allerwenigsten erfüllt werden kann.

Daher ist ein Totalstopp und nicht bloß eine Reduzierung der illegalen Zuwanderung anzustreben. Begleitend dazu könnten Deutschland und Österreich mit einer radikalen Kürzung der Mindestsicherung den Anreiz nach Europa zu kommen deutlich reduzieren.

Angesichts der Dramatik der derzeitigen Situation bekräftigt die Hauptversammlung zusammenfassend nachstehende Forderungen der KHD-Führung:

**** Ein Totalstopp der illegalen Massenzuwanderung nach Europa ist nur möglich bei umfassendem Schutz der EU-Außengrenzen und bedingungslosem Kampf gegen die Fluchtursachen Krieg und Hunger. Auch diesbezüglich hat die Bundesregierung den Druck auf die EU massiv zu verstärken!

**** Es gilt jetzt schon, und nicht erst in Zukunft den Menschen in den Kriegsgebieten Sicherheit durch Beendigung der Kriege zu geben sowie Bleibemöglichkeit mit einem raschen Wiederaufbau und damit Arbeit und Lebensqualität zu schaffen. In den Armutsländern gilt es den Hunger massiv zu bekämpfen.

**** Das ist nur möglich mit dem Einsatz von Hunderten Milliarden EURO aus Mitteln einer Weltgemeinschaft vor Ort mit einem „neuen Marshallplan“ zur nachhaltigen Friedens- und Zukunftssicherung. Ehemalige Kolonialmächte haben Wiedergutmachung zu leisten. und die mit ihrem Reichtum protzenden Golfstaaten sollen endlich in muslimischer Solidarität ihren Brüdern helfen. Die dafür benötigten Milliardenkosten würden weitestgehend die in Europa für das Millionenheer der Migranten benötigten Kosten kompensieren.

**2.**

**Mehr als die Hälfte aller EU-Bürger sind ernstlich um ihre Sicherheit besorgt.**

**Dem hat die EU endlich Rechnung zu tragen.**

**Aufruf an Moslemvereine klar gegen Radikalisierung und Terror Position zu beziehen**

In den letzten 3 Jahren sind laut EUROSTAT mehr als 3 Millionen Flüchtlinge bei noch viel höherer Dunkelziffer nach Europa gekommen. Der Großteil davon nach Deutschland und Österreich. Während des Massenansturms 2015 kamen mehr als die Hälfte ohne Papiere. Offiziellen Angaben zufolge wird die Anzahl von nicht registrierten Flüchtlingen in Deutschland auf 500.000(!), in Österreich auf 40.000 geschätzt. Wie viele davon gewaltbereit sind, ist unbekannt.

Nach mehr als einem Dutzend Terroranschlägen mit Hunderten Toten im Herzen Europas. fürchten die Bürger Europas zunehmend um ihre Sicherheit. Da gilt es, den Druck auf die EU massiv zu erhöhen. Der Politik sind in vielen Bereichen die Hände gebunden.

Um den Menschen ein Gefühl der Sicherheit zu geben, bedarf es daher dringend einer Änderung unserer Gesetzeslage. Erste Schritte wurden Ende Jänner mit einer Reihe von Ministervorschlägen gesetzt.

Nachfolgend die wichtigsten Themen in Schlagworten:

**** Binnengrenzkontrolle

**** mehr Befugnisse fürs Heer

**** hohe Strafen für illegale Einreise

**** längere Schubhaft für betrügerisches Erschwindeln von Grundversorgung

**** neue Anhaltezentren in eigenen Rückkehrquartieren

**** keine Geldleistungen mehr für abgelehnte Asylwerber

**** Ausweiskontrollen im Zug und in Taxis

**** Kontrollen von Handys bei Ausweisverweigerung

**** vermehrte Möglichkeiten für den Einsatz von Fußfesseln

**** Spracherkennung zur Identitätsfeststellung

**** Notverordnung falls wichtige Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg erzielen.

Nur wenig konnte bislang realisiert, vieles muss noch beschlossen werden. Wirklich wirkungsvoll wird eine gravierende Verbesserung im Sicherheitsbereich aber erst dann, wenn zu Gesetzen und Verordnungen mit unverzichtbarer Unterstützung durch die EU auch eine konsequente Umsetzung kommt.

**Übereinstimmend mit der Erwartung eines Großteils der Österreicher ruft die Hauptversammlung alle österreichischen Moslemorganisationen auf, in einer gemeinsamen** **öffentlichen Großveranstaltung Gewalt und Radikalisierung innerhalb der islamischen Bevölkerung scharf zu verurteilen. Das wäre auch ein wichtiger Beitrag gegen stark zunehmendes Misstrauen und Pauschalverurteilung.**

**3.**

**Der Kärntner Heimatdienst wirkt seit nunmehr bereits 12 Jahren in konsequenter Realisierung des Vereinsprogramms erfolgreich an der Schaffung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens mit**

Der Kärntner Heimatdienst hat maßgeblichen Anteil an der erfolgreichen Versöhnungsarbeit der Kärntner Konsensgruppe, die dafür bereits mehrfach national und auch international ausgezeichnet wurde.

Mit zeitgemäßer Pflege der Kärntner Identität und Kultur, aufgeschlossen auch für die Kultur der einen untrennbaren Teil der Kärntner Bevölkerung bildenden autochthonen slowenischen Volksgruppe und mit gemeinsamer Aufarbeitung der Geschichte konnten in den vergangenen Jahren ganz Wesentlich noch bestehende Ängste und daraus resultierendes Misstrauen sowie Aversionen abgebaut werden.

Besonders erfolgreich hat sich das gemeinsame Gedenken in Kärnten an alle Opfer von Krieg, Gewaltherrschaft und Nachkriegsverbrechen, somit an die Partisanenopfer ebenso wie an die Opfer des Nationalsozialismus entwickelt.

Die Hauptversammlung begrüßt es, dass inzwischen gemeinsames Opfergedenken auch in Slowenien möglich geworden ist. Was noch vor einem Jahrzehnt undenkbar gewesen wäre – gemeinsames Gedenken an NS-Opfer und auch an Opfer der Titopartisanen - wie zuletzt am 25. Mai in Liescha – ist inzwischen erfreuliche Realität.

Wenn noch dazu – wie vor wenigen Tagen - auch noch positive Berichte in Sloweniens Tagespresse erscheinen, dann ist das ein weiterer wichtiger Schritt im Bemühen um Versöhnung, dem weitere Schritte folgen sollten.

**4.**

**Große Fortschritte im gemeinsamen Bemühen um die Auflösung historischer Konfliktfelder sollen nun auch der deutschen Volksgruppe in Slowenien zu Gute kommen**

Der Kärntner Heimatdienst hat sich in seinem Vereinsprogramm verpflichtet, die Deutsche Volksgruppe in Slowenien, wie auch in den anderen Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie zu unterstützen und zu fördern.

Mangels auch nur annähernd ausreichender existenzsichernder Förderung der nach wie vor verfassungsrechtlich nicht anerkannten deutschen Volksgruppe durch Slowenien und Österreich, fungiert der KHD seit Jahren mit Fördergelder von insgesamt mehr als 120.000 Euro als unentbehrlicher „Nothelfer“ für das Überleben der Volksgruppe.

Einmal mehr wiederholt die Hauptversammlung mit Nachdruck die seit Jahren – zuletzt von den Delegierten am 2. Juli 2016 - einstimmig erhobenen Forderungen.

Daraus die Kernaussagen:

**** Die Hauptversammlung erinnert die säumige Bundesregierung an die noch immer nicht erfüllte einstimmige(!) Forderung des Nationalrates aus dem Jahr 2012, „*die Republik Slowenien zur offiziellen Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit zu bewegen“.* Diese Forderung wurde 2014 vom Nationalrat nochmals einstimmig wiederholt.

**** Die Hauptversammlung weist auf die „Empfehlung“ des Europarates 2010 hinsichtlich Anwendung der „Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ hin, wonach *„die deutsche Sprache in der slowenischen Rechtsordnung anzuerkennen“* und *„den Vereinigungen der Deutschsprachigen angemessene und ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen sind.“*

**** Auf Basis der Forderung des Nationalrates und der Empfehlung des Europarates ist an die Republik Slowenien zu appellieren, in einer Grundsatzerklärung verfassungsrechtlich u.a. sinngemäß zu verankern:

*Die Republik Slowenien anerkennt die autochthone deutsche Volksgruppe als unverzichtbaren Teil der Kultur und der Geschichte Sloweniens und würdigt deren große Bedeutung als Friedensbrücke zur Festigung einer sprachen- und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in allen Lebensbereichen.*

*Angesichts dessen und in Erinnerung an das jahrhundertelange friedliche und fruchtbare Zusammenleben von Slowenen und Deutschen; verpflichtet sich die Republik Slowenien, die natürliche Entwicklung der Volksgruppe als im staatlichen Interesse liegend durch verfassungsrechtliche Anerkennung und mit ausreichender finanzieller Förderung sicherzustellen.*

**Die Hauptversammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die großen Fortschritte im gemeinsamen Bemühen um die Auflösung historischer Konfliktfelder in Slowenien auch eine verstärkte Bereitschaft bei den verständigungsbereiten Persönlichkeiten zur Solidarisierung mit den legitimen Interessen der deutschsprachigen Altösterreicher in Slowenien bewirken wird vollinhaltlich veröffentlicht.**